

An American Newspaper which stands for American ideals and principles — published in the German language for American citizens who read German

# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 25. Juni 1919.

4 Seiten.—Nr. 89.

## Vierte verlangen Namen der Delegaten

**Friedensvertrag soll Freitag zwischen 11 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags unterzeichnet werden; alle Vorbereitungen vollendet**

**Wilson wird sofort nach der Zeremonie abreisen**

Paris, 25. Juni. (United Press Bulletin.) — Die Großen Vier haben heute nachmittag dem Vornachmittag nach an Deutschland die bestimmte Forderung gerichtet, Delegaten zu ernennen, die den Friedensvertrag zu unterzeichnen haben.

(Vorherige Depechen meldeten, daß der Minister des Auswärtigen Herr Müller zum Vorsitzenden der deutschen Delegation ernannt worden ist, doch wurde nichts von den übrigen Delegaten gesagt.)

Paris, 25. Juni. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Autoritativ wird gemeldet, daß der Friede Freitag zwischen 11 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags unterzeichnet werden wird. Die Zeremonie dürfte ungefähr drei Stunden in Anspruch nehmen. Die deutschen Delegaten, deren Führer der Minister des Auswärtigen, Herrmann Müller ist, wird Donnerstag Abend oder Freitag früh erwartet. Präsident Wilson plant, gleich nach Unterzeichnung des Friedens nach Vrest abzureisen und sich am Samstag nach den Vereinigten Staaten einzuflüchten. Mitglieder der alliierten Friedenskommission begaben sich gestern nach Versailles und überzeugten sich davon, daß alles zur Unterzeichnung des Friedensprotokolls vorbereitet ist.

**Die Unterzeichnungszeremonie.**  
Paris, 25. Juni. — Es scheint jetzt ziemlich sicher, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages am Freitag nachmittags vollzogen werden wird. Die deutschen Delegaten werden Freitag früh in Versailles erwartet. An der Spitze derselben steht Herr Müller, Minister des Auswärtigen im neuen Kabinett. Der Präsident der Friedenskonferenz, Clemenceau, wird, so heißt es, eine kurze Eröffnungsansprache halten; es ist fraglich, ob dem Vorsitzenden der deutschen Delegation das Wort erteilt werden wird. Der Zeremonienmeister William Martin wird nach Clemenceaus Ansprache den Vertrag zuerst dem Präsidenten Wilson zur Unterschrift unterbreiten und dann dem Premier der übrigen Großen. Dann wird das Dokument in einem Memorandum gelegt werden, so es von den Vertretern der übrigen Mächte unterschrieben wird. Der Vertreter Deutschlands wird sich als Letzter unterzeichnen. Neben jeder Namensunterschrift wird das Siegel des Landes, welches der resp. Delegat vertritt, gesetzt.

**Zur Besetzung der Flotte.**  
Paris, 25. Juni. — Auf Veranlassung des Präsidenten Wilson, Lord Georges und Clemenceaus ist die Besetzung der deutschen Kriegsschiffe von einer Kommission beauftragt worden. Es ist vor allen Dingen festzustellen, ob die Waffenstandsbedingungen durch diesen deutschen Seemacht gebrochen werden sind. Das französische Marineamt verlangt, daß Deutschland die besetzten Schiffe Schadenersatz leisten soll.

**Der Vertrag mit Oesterreich.**  
Die von Oesterreich zu erhebenden Forderungen sind immer nicht erledigt worden; es ist fraglich, dieselben festzustellen, denn es sagt sich, daß Nationen, die der doppelmonarchischen Angelegenheiten einen Teil der Forderungen tragen sollten. Amerikanische Sachverständige haben mit Vertretern von Oesterreich, die früher zu Oesterreich gehörten, seit Wochen verhandelt, ohne daß das Resultat der Verhandlungen die „Großen Vier“ befreit hat.

**Verbreitungen franz. Fahnen.**  
Paris, 25. Juni. — Die Nachricht von dem Verbot französischer Fahnen in Berlin hat hier große Aufregung hervorgerufen. Mitglieder der Friedenskonferenz sind der Ansicht, daß dieser Akt eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen bedeutet, denn in demselben wird vorausgesetzt, daß die Fahnen Frankreich zurückzugeben

werden sollen. Wahrscheinlich wird ein Komitee ernannt werden, um den Vorfall zu untersuchen. (Die verbreiteten Fahnen sind offenbar solche, die im Jahre 1870-71 erbeutet wurden. Artikel 245 des Friedensvertrages besagt, daß Deutschland alle erbeuteten Gegenstände usw., besonders aber Fahnen, die im Verlauf des Krieges 1870-71 erbeutet wurden, Frankreich wieder zurückzugeben sollen.)

**Demonstration in Kopenhagen.**  
Kopenhagen, 25. Juni. — Kaum wurde hier bekannt, daß Deutschland die Bedingungen angenommen habe, kam es hier zu einer großen Demonstration. Die im hiesigen Hafen ankernden britischen und französischen Kriegsschiffe feuerten Salutsschüsse ab. Überall wurden die Marschmützen und andere patriotische Lieder angestimmt. Französische und britische Matrosen marschierten zum dänischen Nationaldenkmal, das zur Erinnerung an den Krieg im Jahre 1864 errichtet worden war und legten dort Kränze nieder. Die Bevölkerung jubelte den Alliierten zu, die einen Teil Schleswigs den Dänen zurückgegeben haben. Die dänischen Zeitungen veröffentlichten fulminante Artikel.

**Die Projektierung des Ex-Kaisers.**  
Paris, 25. Juni. — Die Projektierung des Ex-Kaisers vor einem internationalen Tribunal wird wahrscheinlich sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages stattfinden, wie von offizieller französischer Seite verlautet. Diese Entscheidung wurde von den Alliierten getroffen, um die dringlichen Forderungen eines Teils der öffentlichen Meinung in Frankreich und England zu befriedigen.

Nach Friedensschluss wird in Paris ein Gericht organisiert werden, das dann das offizielle Auslieferungs-Verlangen an Holland stellen wird. Die alliierten Mächte machen keinen Versuch, ihr Verlangen nach Projektierung des Ex-Kaisers mit strikt legalen Darlegungen zu begründen, da es notwendig sein würde, den Ex-Kaiser genau definierter Verbrechen zu beschuldigen, wofür man ihn nach dem Gesetz projektieren würde. Die alliierten Mächte sagen jedoch, daß es angesichts der Lage und mit Rücksicht auf die internationale Sicherheit ihr Recht ist, ein warnendes Beispiel für alle Zukunft zu setzen. In dem revidierten Friedensvertrage wird auch dargelegt, daß man einen Präzedenzfall schaffen wolle. Außerdem wird betont, daß man neutrale Staaten nicht zu diesem Tribunal zulassen könne, da sie nicht am Kriege teilgenommen hätten. Ueberdies werde dieses Tribunal den größeren Teil der zivilisierten Länder vertreten, da sich fast die ganze Welt dazu verbunden habe, um den deutschen Eroberungsplan zu nichte zu machen.

**Abklärung für alle.**  
Paris, 25. Juni. — Den vorliegenden Angaben nach wird der erste Plan zu einer Beschränkung der Rüstungen der großen Mächte und Seemächte zur Vorlage vor die Liga der Nationen im Oktober bereit sein, wenn der Völkerbund zum ersten Male in Washington zusammengetreten wird. Vorläufig hängen die Pläne allerdings von der Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages ab; trotzdem aber werden bereits die Grund-Prinzipien für den Abrüstungsplan ausgearbeitet.

Die alliierte Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge enthielt die definitive Erklärung, daß die alliierten Mächte die Absicht hätten, „sofort“ Verhandlungen bezüglich der Rüstungs-Beschränkungen zu beginnen. In streifen der Friedenskonferenz hieß es, daß die geplanten Verhandlungen innerhalb der Völker-Liga stattfinden würden und daß ein Plan bis zum Oktober fertig gestellt sein würde. Dabei werden allerdings auch die Verhältnisse in Ost-Europa eine Rolle spielen, da viele Mächte nicht geneigt sind, einer Ab-

## Sympathiestreik in Winnipeg beigelegt

**Ausländische Arbeiter werden am Donnerstag um 11 Uhr morgens zur Arbeit zurückkehren.**

Winnipeg, Man., 25. Juni. — Der Generalstreik, welcher seit dem 15. Mai in Kraft war, wurde gestern abends auf Veranlassung des Generalstreikkomitees beigelegt, nachdem dasselbe eine mehrere Stunden dauernde Konferenz mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Norris und verschiedenen anderen Regierungsbeamten hatte. Die ausländische Arbeiter-Schicht wird sich daher morgen, Donnerstag, um 11 Uhr vormittags wieder zur Arbeit begeben, nachdem der Generalstreik genau sechs Wochen gedauert hatte.

Während der Verhandlungen wurde den Vertretern der organisierten Arbeiter-Schicht von Regierungsmitgliedern die Versicherung erteilt, daß die kanadische Regierung ein spezielles Untersuchungskomitee ernennen würde, um die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft einer genaueren Prüfung zu unterziehen, doch könne dies nur dann erfolgen, wenn der Generalstreik beigelegt werde. Daraufhin entschlossen sich die Arbeiterführer diesem Begehren zuzustimmen. Herr S. A. Robertson, R. C., wird wahrscheinlich als Vorsitzender des Untersuchungskomitees ernannt werden.

## Ratifizieren das Frauenstimmrecht

Harrisburg, Pa., 25. Juni. — Pennsylvania trat gestern als siebenter in die Reihe jener Staaten ein, welche das Amendement zur Bundeskonstitution, das den Frauen des Landes volles Stimmrecht gewährt, bis jetzt ratifizierten.

Austin, Tex., 25. Juni. — Das Abgeordnetenshaus der Texas Legislature bestätigte gestern mit 96 gegen 21 Stimmen das allgemeine Wahlrecht für Frauen. Die Senator Westbrool, der Senatsführer, bekräftigt, haben sich fünfzehn der dreißig Senatoren, sowie auch der Präsident des Staatssenats für die Unterzeichnung dieser Resolution verpflichtet, jedoch auch der Senat das Frauenstimmrecht gutheißen dürfte.

## General Pershing wird Ehrendoktor

London, 25. Juni. — Der amerikanische Oberkommandant in Frankreich, General Pershing, ist gestern hier eingetroffen. Er wird sich im Laufe des heutigen Tages nach Oxford begeben, wo ihm von der Oxford-Universität der Ehrentitel eines Doktors der Zivilrechte verliehen werden wird.

## Türken wollen retten, was zu retten ist

Paris, 25. Juni. — Die türkischen Delegaten haben dem Rat der Großen (Minister für auswärtige Angelegenheiten) ein Memorandum unterbreitet, in welchem um Verbeibehaltung des alten türkischen Reichs ersucht wird. Indessen will man die Unabhängigkeit Armeniens anerkennen. Auch ist man bereit, Palästina und Arabien gewisse Zugeständnisse zu machen, beide Länder aber sollen unter türkischer Oberhoheit bleiben.

## Schweiz schickt ihre Soldaten heim

Genève, 25. Juni. — Die Bundesbehörden haben Maßnahmen zur Entlassung der Truppen in die Heimat getroffen.

## Truppen aus Archangel in Brest eingetroffen

Brest, 25. Juni. — Der Transportdampfer Porto ist hier heute mit 1360 Mann des 339. Infanterieregiments (Michigan) und Wisconsin (Nationalarmee) eingetroffen.

rüstung zuzustimmen, solange in Ost-Europa die Lage weiter gefährlich ist. Der Rüstungsbeschränkungsplan wird sich auf alle europäischen wie auch amerikanischen Ländern beziehen, da die meisten bis zum Oktober Mitglieder des Völkerbundes werden dürften. Die Regierung von San Domingo hat bereits um Aufnahme in den Bund nachgesucht.

## Landstraßen-Bonds angenommen

**Landbewohner stimmen mit großer Majorität dafür; nur wenige Frauen an den Wahlurnen.**

Die Wählerchaft des Douglas County entschied sich gestern mit großer Mehrheit für die Verabschiedung von Bonds für die Pflasterung von 115 Meilen Landstraßen, in der Höhe von \$3,000,000. Obwohl die allgemeine Beteiligung an den Stimmkästen ungewöhnlich leicht war, so wurden doch über 1,000 mehr für diese Bonds abgegeben, als für deren Annahme notwendig waren.

Wahlkommissär Moorhead berichtete gestern abends, daß 163 der 168 Wahlkreise bereits ihre Berichte eingekandt hätten, aus denen hervorgeht, daß insgesamt 7,387 Stimmen abgegeben wurden. 5,385 sprachen sich für die Straßenpflasterung aus, während die restlichen 2,002 Wähler dagegen stimmten. Im allgemeinen war die Stimmabgabe der weiblichen Wählerchaft nur gering, doch stimmten durchschnittlich von Wählerinnen fünf für und eine gegen die Bondausgabe.

In vielen Landstrichen wurde nahezu einstimmig für die Bondausgabe gestimmt. Für dieselben sind besonders nachstehende Stimmabgaben typisch: im Wahlkreis Willard stimmten 131 Männer für und 13 gegen die Pflasterung der Landstraßen. Von den weiblichen Stimmabgebern sprachen sich 35 für und 2 gegen dieselbe aus. Valley's Stimmabgabe stand wie folgt: Männer 152 ja und 22 nein. Frauen 55 ja und 2 nein. In Waterloo und Benson stimmten die Frauen ausnahmslos für die Bondausgabe, während sich bei den Männern nur eine verhältnismäßig kleine Opposition geltend machte.

In Omaha selbst machte sich die stärkste Gegnerschaft gegen die Straßenpflasterung in fünften, sechsten und siebenten Wahlbezirk der Südstadt bemerkbar, während der neunte, zehnte und elfte Wahlkreis, die den Field Club, Duane und Benson District einschließen, entschieden für die Bondausgabe eintraten.

Obwohl es in Omaha allein über 35,000 registrierte männliche Stimmabgeber gibt, wurden bei der gestrigen Abstimmung im ganzen Douglas County von stimmberechtigten Männern, als auch Frauen, kaum 8,000 Stimmen abgegeben. Die Frauen wurden ob ihrer vernünftigen Stimmabgabe eifrig komplimentiert.

## Ein Teufel-Mann getötet

Accum, Neb., 25. Juni. — Howell Mc Murray, ein alter Bürger von hier, wurde bei einem Eisenbahn-Unfall in Californien getötet. Mc Murray war Konduktor eines Passagierzuges einer Bahn in Kalifornien. Nähere Einzelheiten stehen noch aus. Die Leiche wird zur Bestattung hierher gebracht.

## Tätigkeit anderer Universitäten

Des Moines, Neb., 25. Juni. — Das erweiterte Lehr-Department der Staats-Universität wird auf der Thayer County Fair in Des Moines, die in den Tagen vom 26. bis 29. August stattfindet, eine neue Verbesserung im Ausstellungsweisen einführen. Zu den gewöhnlichen Ausstellungsobjekten, den Bewegungen, Bildern und der Ernennung von Preisrichtern der Fair, wird dieses Jahr durch Lehrer Unterricht erteilt werden im Kochen, Einmachen und auch in Körperpflege, Volksspiele und Gesang. Die Ausstellung wird daher Vieles zur Unterhaltung und Belehrung liefern.

## Armeelastautos

Lincoln, Neb., 25. Juni. — Nebraska erhielt dieser Tage die erste Sendung von 17 Armeelastautos, die von der Regierung ausgeteilt werden, um beim Bau der Hochstraßen Verwendung zu finden. Viele dieser Lastautos waren noch nie in Gebrauch. Der Waffenstillstand machte deren Verwendung unnötig. Eine weitere Sendung wird morgen erwartet.

## Kohlen-Gesellschaft muß nachzahlen

Lincoln, Neb., 25. Juni. — Die Victor American Coal Company hat die Staatskontroll-Behörde benachrichtigt, daß sie die Behörde mit \$4,800 kreditiert habe, als Unterlage des Preises, den die Behörde bezahlte und des Preises, wie er durch die Administration vorgeföhrt war. Die Auszahlung erfolgte auf Empfehlung der Bundes-Kohlen-Administration.

## Wichtige Entscheidung des Justiz-Komitee

**Verabschiedete Getränke können auch nach dem 1. Juli im Heim für Eigengebrauch gehalten werden.**

Washington, 25. Juni. — Nach einer nahezu den ganzen Tag dauernden Sitzung verwarf gestern das Justiz-Komitee des Abgeordnetenhauses einen Antrag zu dem am 1. Juli in Kraft tretenden Kriegs-prohibitions-Gesetz, demzufolge es den Bewohnern des Landes verboten gewesen wäre, verabschiedete Getränke nach diesem Datum in ihrem eigenen Heim für eigenen Gebrauch vorrätig zu haben.

Aber trotz dieser und auch verschiedener anderer Änderungen, welche möglicherweise heute und Donnerstag vorgenommen werden mögen, wird das Kriegsprohibitions-Gesetz ebenso drakonisch sein, als das Nationalprohibitions-Gesetz, welches am 16. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt.

In seinem gegenwärtigen Wortlaut verfügt das Kriegsprohibitions-Gesetz, daß es ungesetzlich ist, nach dem 1. Juli verabschiedete Getränke zu kaufen oder verkaufen, herzustellen oder zu versenden, abzuliefern oder zu empfangen oder solche zu besitzen, es sei denn, daß dieselben für den eigenen Gebrauch vor dem 1. Juli eingelagert wurden, in welchem Falle die oben erwähnte Verfügung Giltigkeit hat.

So drakonisch sind die betreffenden Bestimmungen, daß ein Mann wohl ein Fasschen Bier ungestraft in seinem Keller haben kann, aber strafbar wird, falls er eine Kiste mit einer Bierrezepte, einen sogenannten Bierzipf, öffentlich zur Schau trägt.

Alkoholfreie Flüssigkeiten, welche nicht für persönlichen Gebrauch bestimmt sind, oder sakramentalen Zwecken dienen, können aber auch weiterhin unter besonderen Erlaubnissen hergestellt, verkauft und empfangen werden.

## Erhöhung der Telephonraten

Lincoln, Neb., 25. Juni. — Die Ord. Mutual Telephone Company wurde von der Eisenbahn-Kommission ermächtigt, \$9,350 in Bonds auszugeben, als Ersatz für gestoppte Dividenden, die zu Verbesserungen in der Telephon-Leitung Verwendung gefunden haben. Auch wurde der Gesellschaft die Vollmacht erteilt, die Telephonraten wie folgt zu erhöhen: Geschäfts-Telephone von \$1.50 auf \$2.00; Wohnungen von \$1.00 auf \$1.25; Umfahlgeldern von 25 Cents auf 50 Cents.

## Die antizipäre Code Bill

Lincoln, Neb., 25. Juni. — Daß die Freunde der sogenannten Code Bill dieses vor dem Untergang zu retten versuchen, ist selbstverständlich. Gibt doch dieses Gesetz, wenn es von Volk durch das Referendum bestätigt wird, der jeweiligen Regierung eine außerordentliche Gewalt, die auf eine zentralisierte Macht abzielt. Man ist daher in den herrschenden Kreisen bestrebt, die Bill vor dem Untergang zu retten und jeder Angehörige im Staatskapitol wird jetzt zur Tätigkeit herangezogen, um das Publikum zu Gunsten der Bill zu beeinflussen.

## Kinball als beratender Architekt

Lincoln, Neb., 25. Juni. — Thomas P. Kinball, der wohlbekannte Architekt in Omaha, wurde von der Kapitalkommission zum beratenden Architekten ernannt, bei dem Bau des neuen Kapitols, das mit einem Kostenaufwand von \$5,000,000 errichtet werden soll. Herr W. E. Hardy wurde zum Vorsteher der Kommission ernannt. Herr Kinball wird seine Tätigkeit in den nächsten Tagen aufnehmen.

## Auto rollt Abhang hinab

Nebraska, 25. Juni. — Das Automobil des Postor Chamberlain rollte vier Meilen nördlich von Winnetoon einen abhangig hohen Abhang hinab, wobei die Insassen verletzt und die Maschine beschädigt wurden. Der Postor mit einer Gefährdung von Freunden waren auf der Heimfahrt vom Fischfang am Abend C. begriffen.

## Fortschritte im Straßenbau

Nebraska, 25. Juni. — Nahezu an zwei Meilen Staditrustrassenarbeiten, auf der Straße zwischen Fremont und Ceresco, wurden dieser Tage fertig gestellt. Die Arbeiten werden unter dem Bundes- und Staatsplan der Unterfertigung vorgenommen. Es ist dies ein Teil der sogenannten „Cornhusker Route“.

## Deutsche Presse über Friedensvertrag

**Der Vorwärts bezeichnet ihn als Fehden Papier; Rundschau hält Scheidemann und Erzberger für die Katastrophe verantwortlich**

**Reichskanzler Bauer zetert über die Bedingungen**

Berlin, 25. Juni. (Von John Graudenz, Korrespondent der United Press.) — Der Berliner Vorwärts, Organ der Mehrheitssozialisten, nennt den Friedensvertrag „ein Fehden Papier“, sagend, „erzwungener Druck macht die Unterschrift des Friedensvertrages wertlos. Wir dürfen nie vergessen, daß es nur ein Fehden Papier ist. Verträge, die auf Gewalt beruhen, werden nur so lange gehalten, bis die Gewalt erloscht. Geht die Hoffnung nicht aus, Der Tag der Auferstehung kommt.“

Die Preussische Kreuzzeitung sagt in einem Artikel, der die Leberjchrift „Finit Germania“ trägt, „es ist unsere Pflicht, nicht zu gestatten, daß der preussische Geist vernichtet wird.“ Die Tägliche Rundschau hält Erzberger und Scheidemann für die Katastrophe verantwortlich.

Die Nationale Volkspartei opponiert dem Bauer-Kabinett auf das Schärfste. General von Luttwig hat an die Offiziere und Mannschaften einen Appell gerichtet, in welchem er sie auffordert, nach der Erfüllung ihrer Pflicht zu tun.

Gestern und letzte Nacht kam es in Berlin zu Aufrührungen; es wird befürchtet, daß dieselben im Laufe des heutigen Tages größere Dimensionen annehmen werden. Ein Streik der Post-, Telephon- und Telegraphen-Angestellten scheint sicher zu sein.

## Kriegsverluste der Vereinigten Staaten

Washington, 25. Juni. — Die vom Kriegsministerium gestern bekannt gemacht wurde, belaufen sich die amerikanischen Mannschftsverluste während des Weltkrieges auf 289,016 Mann. Dieselben verteilen sich wie folgt: 33,754 Mann sind in den Kämpfen gefallen, einschließlich der 381 Amerikaner, welche ihr Leben bei Seezämpfen verloren. Den erlittenen Wunden sind 13,570 erlegen. Verschiedene Krankheiten hatten 23,396 Opfer gefordert. 4,942 Angehörige der amerikanischen Streitkräfte sind bei Unfällen oder in anderer Weise ums Leben gekommen. Die Gesamtzahl der Toten beläuft sich demnach auf 75,662 Mann. 210,984 Soldaten wurden verwundet. Im Kampfe vermißt werden 2,370 Mann gemeldet. Die letztere Zahl schließt nicht jene Kriegsgefangenen ein, die bis jetzt befreit und zurückgeführt sind.

## Einsözung der Liberty Bonds

Fort Dodge, Ia., 25. Juni. — In einer Ansprache an die hier tagende Konvention der Bankiers des Staates Iowa, erklärte Herr W. W. G. Harding, Gouverneur des Bundes-Reservebankens, daß sich die Regierung mit dem Plane befaßt, sämtliche Freiheits- und Siegesbonds innerhalb der nächsten 25 Jahre einzulösen. Er bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Bundesreserve als „die finanzielle Feuerwehr des Weltkrieges.“

**Verkauft Land zu \$600 den Aker.**  
Albion, Neb., 25. Juni. — Col. D. J. Fuller verkaufte seine feine Kulturland zu \$600 den Aker, oder insgesamt \$60,000.

der Entrüstung erlassen, denn dieser würde nur dazu beitragen, uns in den Augen der Welt zu schwächen. Laßt uns den Frieden bedingungslos unterzeichnen. Es ist kein Friede mit Ehren, aber unsere Feinde wollen uns offenbar in unserer Ehre kränken. Dieser Versuch wird einen Tag auf die Verüber zurückprallen. Es ist nicht meine Ehre, die in dieser Welttragödie untergeht.“

In einer Proklamation der Regierung an das Heer und die Marine heißt es, daß der Friede trotz des Feldennutzes der Soldaten Deutschlands aufgegeben wurde. Zum Schluß der Proklamation heißt es: „Der Vertrag stellt an die Nation furchtbare Forderungen, besonders an die Soldatenehre. Die Nation erwartet von der Arme und der Marine, daß sie mit gutem Beispiel vorangehen und unter Selbstopferung Hand in Hand mit ihren Mitpatrioten an der Wiegeburt des Vaterlandes mitarbeiten.“

## Berliner sind gleichmütig

Kopenhagen, 25. Juni. — Der Reuters-Korrespondent in Berlin meldet, daß die Berliner die Antizipation über die Annahme der Friedensbedingungen mit Gleichmut aufnehmen. Es fanden keinerlei Demonstrationen statt. Die Militärpatrouillen und Polizei wurden verstärkt, um irgend welche Demonstrationen im Reine zu ertönen.

## Polen bedroht

Paris, 25. Juni. — Das polische Oberkommando hat Clemenceau nachstehende Depeche übermittelt, die in Schloßen aufgefunden wurde: Polen, 21. Juni. Die Regierung wird in Schlesien und Wigt in den Provinzen West- und Ostpreußen Krieg gegen den Dänen erklären. Offiziell wird die Regierung opponieren, halboffiziell die Sache aber fördern. (Goring ist der deutsche Oberkommissar in Schlesien, Wigt derjenige in den Provinzen Ost- und Westpreußen.)

## Katholiken preisen Religionsunterricht

St. Louis, Mo., 25. Juni. — Während der hier tagenden Jahreskonvention der Catholic Educational Association wurde die weltliche Schulbildung in den Vereinigten Staaten einer schweren Kritik unterzogen. Sie wurde verschiedentlich als materialistisch und als eine Nachahmung der deutschen Idee bezeichnet. Rev. Thomas J. Shanahan, Präsident der katholischen Universität in Washington und Präsident dieser Vereinigung, erklärte, daß die gegenwärtige Schulbildung ein Resultat der gegenwärtigen materialistischen Philosophie ist und daß ein solches System ganz Europa in Ruin und Leiden verurteilt habe, von welcher es sich erst in Jahrhunderten erholen werde. In einer Schrift des Kardinals William O'Connell wird das Staatsmonopol des Unterrichtswezens in Preußen für diesen Zusammenhang verantwortlich gemacht. Erzbischof John J. Glennon von St. Louis sprach sich darüber aus, daß eine religiöse Schulbildung die beste Methode für die Sicherung des Landes bedeute.

## Japaner nach West Point

Washington, 25. Juni. — Die vom Senatkomitee für militärische Angelegenheiten eingereichte Vorlage, laut welcher es zwei Japanern gestattet werden soll, die Militärakademie in West Point zu besuchen, wurde günstig eingeberichtet.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und fortgesetzt warm heute Abend und Donnerstag. Für Nebraska und Iowa — Allgemein schön und fortgesetzt warm heute Abend und Donnerstag.